

## Parlamentarischer Vorstoss

2024/134

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Prämienbelastungs-Initiative: finanzielle Auswirkungen für BL</b>
Urheber/in:	Sven Inäbnit
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	7. März 2024
Dringlichkeit:	—

---

Am 9. Juni 2024 stimmt die Stimmbevölkerung über die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP ab. Die Initiative verlangt, dass die Prämien für die Grundversicherung nicht mehr als 10% des verfügbaren Einkommens übersteigen dürfen. Sonst müssen Bund und Kantone mit Prämienverbilligungen, mit je 2/3 und 1/3, einspringen. Zur Finanzierung braucht es schon ab 2030 bis zu 4.5 Milliarden Franken zusätzlich pro Jahr.

Die Kantone sind für die Gesundheitsversorgung verantwortlich. Die Initiative hätte somit für Bund und gewisse Kantone sehr hohe Mehrkosten zur Folge.

Ich frage deshalb den Regierungsrat:

1. Gemäss Liste Bund (7.6.2022/BAG) entstehen für den Kanton Basel-Landschaft jährliche Mehrkosten von 74.1 Mio. Sind die Kosten bei einer Annahme der Initiative im kantonalen Finanzplan berücksichtigt? Wie gedenkt der Kanton die Zusatzkosten für zusätzliche Prämienentlastungen bei Annahme der Initiative zu decken? Sind Sparmassnahmen notwendig?
2. Die Gesundheitsversorgung ist Sache der Kantone. Die Kosten für die Gesundheitsversorgung sind daher von Kanton zu Kanton unterschiedlich und die Kantone entscheiden weitgehend selbst über Prämienverbilligungen. Mit einer bundesweiten Deckelung bei zehn Prozent des verfügbaren Einkommens blendet die Initiative kantonale Unterschiede aus und gefährdet den Föderalismus. Wie ist der Regierungsrat einer wachsenden Zentralisierung des Gesundheitswesens durch eine Annahme der Initiative gegenüber eingestellt?

Stimmt der Regierungsrat der Prämien-Entlastungs-Initiative zu?

---